

REVOLUTION

Die fortschreitenden Kriegsjahre mit ihren Entbehrungen ließen die allgemeine Stimmung der Bevölkerung immer trostloser werden. Die ungeheuren Kriegsgewinne, der Wucher und das Spekulantentum führten besonders in den Großstädten zu unerträglichen sozialen Spannungen. Diese entluden sich in Arbeitsniederlegungen im Januar 1918 spontan in den großen Seestädten und in Berlin, sie wirkten sich am 31. Januar/1. Februar auch in Köln aus. Hier hatte Adenauer am letzten Januartag einen Ausschuß der ausständischen Arbeiter, darunter Sollmann, Runge und Haas empfangen, die Forderungen nach sofortigem Friedensbekenntnis ohne Eroberungen, Aufhebung des Belagerungszustandes, Erfassung aller Lebensmittelvorräte, Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts und Einberufung des Reichstags erhoben. Adenauer stimmte hinsichtlich des Wahlrechts und der Lebensmittelfrage den Wortführern zu, während er in den anderen Punkten eine andere Stellung bezog (34).

In einem Bericht an den Festungsgouverneur vom 20. September 1918 hat Adenauer die katastrophale Stimmung in der Bevölkerung klarsichtig erkannt und auf das Versagen der militärischen Führung und der Regierung sowie den moralischen Niedergang zurückgeführt. Das Volk »müsse in allen seinen Teilen zur gleichberechtigten Mitarbeit an den staatlichen Aufgaben« herangezogen werden (35).

Adenauer hat die schlechte Stimmungslage, eine Folge des Vertrauensschwunds zu Regierung und Heeresleitung, durchaus realistisch eingeschätzt. Von den Ereignissen, wie sie sich in den ersten Novembertagen dann anbahnten, zeigte er sich aber genauso wie die Führung der SPD völlig überrascht. Am 6. November 1918 wurde von Sollmann und Runge in Mülheim eine SPD-Versammlung durchgeführt, die gegen Ende in der Forderung nach Freilassung der politischen Gefangenen, Abdankung der Hohenzollerndynastie und Einberufung einer demokratisch gewählten Nationalversammlung gipfelte. Damit ging man in Köln über die Forderungen der Parteizentrale in Berlin früher und wesentlich hinaus.

Am Vormittag des nächsten Tages setzte Adenauer im Rathaus eine Beratung an mit den Sekretären der freien und christlichen Gewerkschaften Hertwig, Eickmann und Kaiser und den Fraktionsvorsitzenden Mönnig (Zentrum), Falk (Liberale) und Sollmann (SPD). Hier wurde vorrangig die Errichtung einer Bürgerwehr, die schon in der Stadtverordnetenversammlung vom 19. September 1918 beraten worden war, erörtert. Sollmann und Hertig nahmen eine ablehnende Stellungnahme ein. Als Sollmann sich auch weigerte, den von Adenauer beabsichtigten Aufruf an die Bevölkerung zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung mit zu unterzeichnen, erging er nur unter dem Namen des Oberbürgermeisters. Während Adenauer mit allen zur Verfügung stehenden staatlichen Mitteln vorgehen wollte, war Sollmann daran gelegen, nicht die Verbindung zu den Arbeitern zu verlieren, sondern sich an die Spitze der Bewegung zu stellen, um sie so in den Griff zu bekommen, in seinem und der Partei Sinne beeinflussen zu können. Adenauer und Sollmann begaben sich nach der Beratung zum

Gouverneur, um die Lage zu besprechen. Hier fanden sie aber einen handlungsunfähigen General vor. Während der Besprechung kam die Nachricht durch, daß Matrosen aus Kiel mit Eisenbahnzügen anreisten. Sollmann verlangte daraufhin sofortige Freilassung der Gefangenen. Ohne entsprechende Weisungen glaubte der Gouverneur Krüge dem Begehren nicht stattgeben zu können. Adenauer telegraphierte noch aus dem Gouvernement an Staatssekretär Scheidemann und empfahl, alle politischen Verurteilten zu amnestieren.

Mit dem Versagen der örtlichen militärischen Führung waren die Möglichkeiten Adenauers erschöpft. Am Abend des gleichen Tages wurden im Vertrauensausschuß Beratungen zwischen ihm und den drei Fraktionsvorsitzenden gepflogen. Aber eine entscheidende Mitwirkung an der Gestaltung der nun einsetzenden Ereignisse blieb Adenauer versagt. Am Spätnachmittag des 7. November trafen die bereits angekündigten aufständischen Matrosen aus Kiel ein. Die vorübergehende Besänftigung der am Hauptbahnhof in Erregung gebrachten Volksmenge durch Sollmann, die nächtliche Befreiung politischer wie aber auch krimineller Gefangener, die Konstituierung des Arbeiter- und Soldatenrats am Morgen des 8. November mit der abschließenden Bildung von Ausschüssen am Nachmittag, die große Versammlung auf dem Neumarkt, auf der Sollmann ein »Hoch« auf die sozialistische Republik ausbrachte, waren die wesentlichen Abläufe, in denen sich die Revolution in Köln vollzog. Nachdem Adenauer von Sollmann über den Stand des Umschwungs am gleichen Tage (8. November) in Kenntnis gesetzt worden war, stellte er dem Revolutionsgremium sofort Büroräume – den Schlachten- und Muschelsaal – im Rathaus zur Verfügung. Nach Versagen der staatlichen Mittel stellte er sich »als erster Vertreter einer Kölner Behörde... auf den Boden der gegebenen Tatsachen« (Sollmann S. 11). Am gleichen Tage wurde vom Arbeiter- und Soldatenrat noch ein Sicherheitsausschuß gebildet, der die um sich greifenden Plünderungen (36) unterbinden sollte. Die einsetzende Nacht vom 8. auf den 9. November konnte so trotz mancher Ausschreitungen plündernder Trupps gemeistert werden. Der nächste Tag brachte mit der offiziellen Abdankung des Kaisers die Anerkennung der Räte durch den Gouverneur. Am 10. November übernahmen mehr symbolhaft die Räte die Verantwortung und Kontrolle in den Behörden, als sie den Leitern Volksbeauftragte an die Seite stellten. So erhielt Adenauer als Kontrolleur den späteren Beigeordneten Heinrich Schäfer (37). Dennoch blieb Adenauer gegenüber den städtischen Dienststellen allein weisungsbefugt (37,38).

Am gleichen Tage wurde ein Wohlfahrtsausschuß eingesetzt, dem einige Räte, die Fraktionsvorsitzenden, je ein Vertreter der Arbeitnehmer und -geber und der Regierungspräsident von Starck angehörten. Vorsitzender wurde Adenauer (39). Dieser Ausschuß war zuständig für öffentliche Sicherheit, Verkehr und Transport, Verpflegung, Unterkunft und Gesundheitswesen. Er wurde zur Schaltstelle zwischen Verwaltung und Arbeiter- und Soldatenrat und drängte dessen Einfluß allmählich völlig zurück. Er erließ in den nächsten Tagen eine Ausgangssperre und verfügte die Schließung von Wirtschaften. Die entscheidende Aufgabe, vor die der Ausschuß wie die gesamte städtische Verwaltung aber gestellt wurde, war die Rückführung des Feldheeres entsprechend den Bestimmungen des Waffenstillstandes vom 11. November 1918, zu dessen Verhandlungen auch der Kölner Großindustrielle Otto Wolff beigezogen worden war. Der Beigeordnete Krautwig

führte am 17. November Gespräche mit dem Stab der 6. Armee zwecks Rückführung von etwa 400.000 Mann. Mit dem 14. November hatte schon eine verstärkte Rückflut der Etappentruppen eingesetzt. Ab 23. November rollten über die Eisenbahn und die westlichen Einfallstraßen der Stadt die Kampftruppen der 6. und 17. Armee heran (42, 43). Zum reibungslosen Durchmarsch durch die Stadt und über die Brücken wurden die Durchmarschstraßen, wie Adenauer in der Stadtverordnetenversammlung vom 21. November ausführte, in der Zeit von morgens 6 Uhr bis nachts 12 Uhr gesperrt für den übrigen Verkehr. Die Bevölkerung rief er zur Beflagung der Häuser auf (41). Am 3. Dezember 1918 verließen die letzten deutschen Truppen Köln.

Schrifttum:

Wilhelm Sollmann, Die Revolution in Köln, Köln 1918; Heinrich Schäfer, Tagebuch eines rheinischen Sozialisten, Bonn 1919; Helmut Metzmacher, Der Novemberumsturz 1918 in der Rheinprovinz, Ann. d. Hist. Ver. f. d. Niederrhein 168/169 (1967), S. 135–265; Hugo Stehkämper, »Es lebe die Republik«. Zeugnisse zur deutschen und kölnischen Geschichte vom November 1918 bis Februar 1919 (Ausstellungskatalog), Köln 1968; Toni Diederich, Revolutionen in Köln 1074–1918 (Ausstellungskatalog), Köln 1973, S. 93–104.

34 1918 Februar 5 – Köln

Adenauer an den Minister des Innern durch den Regierungspräsidenten: am 31. Januar sei bei ihm auf dem Rathaus eine Abordnung der ausständischen Arbeiter erschienen, bestehend aus acht Personen, darunter der sozialdemokratische Parteisekretär Runge und die sozialdemokratischen Stadtverordneten Redakteur Sollmann und Gewerkschaftssekretär Haas. Sie hätten im Auftrag der Streikenden folgende Forderungen zwecks Weitergabe nach Berlin vorgelegt:

1. Bekenntnis der Regierung zum Frieden ohne Annexion und Entschädigung.
2. Sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes, völlige Wiederherstellung der bürgerlichen Freiheit.
3. Restlose Erfassung aller Lebensmittelvorräte.
4. Beschleunigte Durchführung des gleichen Wahlrechtes.
5. Sofortige Einberufung des Reichstages.

Er [Adenauer] habe der Abordnung erklärt:

1. Deutschland führe keinen Eroberungskrieg. Öffentlich verhandelte Friedensangebote verlängerten nur den Krieg.
2. Die Unabhängige Sozialdemokratie gehe seiner Meinung nach auf Umsturz aus. Deshalb könne der Belagerungszustand nicht aufgehoben werden. Er trete aber für eine vernünftige Anwendung des Gesetzes ein.
3. und 4. Hierzu habe er sich zustimmend geäußert.
5. Einberufung des Reichstages sei seiner Meinung nach zweckmäßig, wenn der größere Teil des Volkes dies wünsche.

Er habe die Abordnung noch auf den für den Kriegsverlauf schädigenden Einfluß des Streiks hingewiesen: ihm sei entgegnet worden, daß die Unsicherheit in der Wahlrechtsfrage Veranlassung zum Ausstand gewesen sei. Seinerseits habe

er geantwortet, daß es dem Minister des Innern mit der Durchführung des gleichen Wahlrechts ernst sei. Die Abordnung habe die baldige Arbeitsaufnahme in Aussicht gestellt.

Hiermit erstatte er darüber Bericht und weise darauf hin, »daß die preußische Wahlrechtsfrage die Gemüter der Arbeiter am meisten erregt und den Boden für Hetzereien zum Ausstand bereitet hat«.

Masch.-schriftl. Durchschlag, 3 1/2 S., ausgelegt S. 1 und 2. — HASTK 10/81/18, Bl. 218/19.

35 1918 September 20 — Köln

Adenauer an den Festungsgouverneur: berichtet über schlechte Stimmung der Bevölkerung. Ursachen seien die militärischen Ereignisse im Westen, mangelhafte Nahrungsmittelversorgung und die innenpolitischen Verhältnisse. Vertrauen der Bevölkerung in einen guten Kriegsausgang und in die Oberste Heeresleitung sei erschüttert. Daran sei die Oberste Heeresleitung durch die von ihr angeregten günstigen Zeitungsartikel zum großen Teil selbst schuld. Der plötzliche Umschwung sei verursacht durch die Verkennung des Nutzens der Panzerwaffe und durch die schlechte Truppenverpflegung. Die schlechte Versorgungslage der Zivilbevölkerung gehe zurück auf das Versagen der zuständigen Verwaltungen, die durch Kräfte aus den Verbraucherkreisen aufgefrischt werden müßten. Dem Wucher werde nach der öffentlichen Meinung nicht genügend entgegengetreten. Beweis dafür seien die Dividenden der Aktien-Gesellschaften. Weltfremde Entscheidungen einiger Zentralversorgungsinstanzen seien ebenfalls für die schlechte Stimmung verantwortlich zu machen.

Die innenpolitischen Verhältnisse hätten ebenfalls die Stimmung gedrückt, so das Durcheinander während des Krieges in der Kriegszielfrage und in der Frage der Gestaltung der innenpolitischen Verhältnisse.

Masch.-schriftl. Durchschlag, 7 S., ausgelegt S. 7. — HASTK 10/81/18 S. 235 — 241.

36 1918 November 9 — Köln

Leonhard Tietz A.G. an das Oberbürgermeisteramt: meldet teilweise Plünderung des Geschäftshauses Weyerstraße am 8. November gegen 14.00 Uhr durch eine Soldaten- und Volksmenge, etwa 100 Personen, und bittet um Erstattung des Schadens in Höhe von 58.732,50 RM.

Masch.-schriftl. Ausfertigung, 1 S. — HASTK 83/24/26.

37 1918 November 14 — Köln

Adenauer an sämtliche Dienststellen: Ein Mitglied des Arbeiter- und Soldatenrates [Heinrich Schäfer] sei ihm als Beigeordneter zur Seite gestellt, der die Interessen des A.S.R. vertrete. Eingriffe in die Verwaltung wolle sich der A.S.R. enthalten. Die Dienststellen hätten nur seinen [Adenauers] Weisungen zu folgen. Jeder habe seine ganze Arbeitskraft aufzubieten. Siegel und Stempel blieben unverändert.

Masch.-schriftl. Umdruck, 1/2 S. — HASTK 725/86.

38 1918 November 9 — Köln

Adenauer an sämtliche Dienststellen: der Geschäftsbetrieb der städtischen Verwaltung sei trotz der Ereignisse der letzten Tage wie bisher fortzuführen.

Masch.-schriftl. Umdruck, 1/2 S. — HASTK 725/86.

- 39 1918 November 11 — Köln
Adenauer als Vorsitzender des Wohlfahrtsausschusses an die Arbeiter, Soldaten und Bürger: gibt die am 10. November vom Arbeiter- und Soldatenrat beschlossene Einsetzung eines Wohlfahrtsausschusses, dessen Mitglieder und die ihm zugeteilten Arbeitsgebiete bekannt. Der Wohlfahrtsausschuß rechne auf die Mitwirkung der gesamten Bürgerschaft.
Vergrößerung von Zeitungsvorlage. — HASTK 1010/5 Bl. 14.
- 40 1919 — Bonn
Heinrich Schäfer, Tagebuchblätter eines rheinischen Sozialisten.
Druck, 157 S., ausgelegt Umschlagtitel und S. 33 mit Darstellung des Anteils von Adenauer an der Tätigkeit des Wohlfahrtsausschusses. — HASTK.
- 41 1918 November 19 — Köln
Adenauer an die Bevölkerung Kölns: ruft zur Beflaggung anlässlich des Rückmarsches des Frontheeres auf.
Vergrößerung aus ›Kölnische Volkszeitung‹, 19. November 1918, Nr. 912.
- 42 1918 November — Köln
Rückmarsch der Fronttruppen durch Köln: Mittagsrast am Dom, Kinder begleiten die Truppen, überfüllte Soldatenzüge.
Drei Lichtbilder aus: ›Die Wochenschau‹ Nr. 49, S. 792. — HASTK L 955.
- 43 1918 November 27 — Köln
Empfang des in Köln beheimateten Infanterie-Regiments Nr. 65 am Rudolfplatz.
Lichtbild, Fotograf August Kreyenkamp. — HASTK Chron. u. Darst. 500a.
- 44 1919 — Bonn
Heinrich Schäfer berichtet über das Verdienst Adenauers bei der Rückführung des deutschen Feldheeres.
Vergrößerung aus Nr. 40, S. 34.